1986

Ausgegeben zu Bonn am 7. Januar 1986

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
23. 12. 85	Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachverkäufer/zur Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk neu: 800-21-1-129	1
23. 12. 85	Verordnung über die Berufsausbildung zum Textillaboranten/zur Textillaborantin (physikalisch-technisch) neu: 800-21-1-130	12
30. 12. 85	Verordnung über Verfahren vor dem Bundessortenamt neu: 7822-7-1; 7822-2-5, 7822-3-9	23
2. 1. 86	Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten durch den Bund (Kindererziehungszeiten-Erstattungsverordnung) neu: 8232-45	31
30. 12. 85	Berichtigung des Siebten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes 810-1	32

Verordnung

über die Berufsausbildung zum Fachverkäufer/zur Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk *)

Vom 23. Dezember 1985

Auf Grund des § 25 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), der zuletzt durch § 24 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2525) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft verordnet:

§ 1

Staatliche Anerkennung des Ausbildungsberufes

Der Ausbildungsberuf Fachverkäufer im Nahrungsmittelhandwerk/Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk wird staatlich anerkannt.

§ 2

Ausbildungsdauer

Die Ausbildung dauert 3 Jahre. Auszubildende, denen der Besuch eines nach landesrechtlichen Vorschriften eingeführten schulischen Berufsgrundbildungsjahres nach einer Rechtsverordnung gemäß § 29 Abs. 1 des

Berufsbildungsgesetzes als erstes Jahr der Berufsausbildung anzurechnen ist, beginnen die betriebliche Ausbildung im zweiten Ausbildungsjahr.

§ 3

Berufsfeldbreite Grundbildung

Die Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr vermittelt eine berufsfeldbreite Grundbildung, wenn die betriebliche Ausbildung nach dieser Ausbildungsverordnung und die Ausbildung in der Berufsschule nach den landesrechtlichen Vorschriften über das Berufsgrundbildungsjahr erfolgen.

§ 4

Ausbildungsberufsbild

Gegenstand der Berufsausbildung sind mindestens die folgenden Fertigkeiten und Kenntnisse:

1. Berufsbildung,
2. Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes,
3. Arbeits- und Tarifrecht, Arbeitsschutz,

*) Diese Rechtsverordnung ist eine Ausbildungsordnung im Sinne des § 25 des Berufsbildungsgesetzes. Die Ausbildungsordnung und der damit abgestimmte, von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossene Rahmenlehrplan für die Berufsschule werden demnächst als Beilage zum Bundesanzeiger veröffentlicht.

4. Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung,
5. Ausführen von Hygienemaßnahmen,
6. Anwenden lebensmittel- und gewerberechtlicher Vorschriften,
7. Bedienen und Pflegen von Arbeitsgeräten, Maschinen und Anlagen im Verkaufsbereich,
8. Lagern und Kontrollieren von Waren,
9. Umgang mit Kunden,
10. Präsentieren von Waren und Dekorieren,
11. Werbung und Verkaufsförderung,
12. Warenangebote, Preisbildung und Auszeichnung,
13. Beraten und Bedienen von Kunden,
14. Verpacken und Ausliefern von Waren,
15. Geld- und Geschäftsverkehr,
16. Umgang mit Waren.

§ 5

Ausbildungsrahmenplan

Die Fertigkeiten und Kenntnisse nach § 4 sollen unter Berücksichtigung der beiden Schwerpunkte „Bäckerei/Konditorei“ und „Fleischerei“ nach der in der Anlage enthaltenen Anleitung zur sachlichen und zeitlichen Gliederung der Berufsausbildung (Ausbildungsrahmenplan) vermittelt werden. Eine von dem Ausbildungsrahmenplan innerhalb der beruflichen Grundbildung und innerhalb der beruflichen Fachbildung abweichende sachliche und zeitliche Gliederung des Ausbildungsinhaltes ist insbesondere zulässig, soweit betriebspraktische Besonderheiten die Abweichung erfordern.

§ 6

Ausbildungsplan

Der Auszubildende hat unter Zugrundelegung des Ausbildungsrahmenplans für den Auszubildenden einen Ausbildungsplan zu erstellen.

§ 7

Berichtsheft

Der Auszubildende hat ein Berichtsheft in Form eines Ausbildungsnachweises zu führen. Ihm ist Gelegenheit zu geben, das Berichtsheft während der Ausbildungszeit zu führen. Der Auszubildende hat das Berichtsheft regelmäßig durchzusehen.

§ 8

Zwischenprüfung

(1) Zur Ermittlung des Ausbildungsstandes ist eine Zwischenprüfung durchzuführen. Sie soll vor dem Ende des zweiten Ausbildungsjahres stattfinden.

(2) Die Zwischenprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage für die ersten 3 Ausbildungshalbjahre aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht entsprechend den Rahmenlehrplänen zu vermittelnden Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(3) Die Prüfung ist unter Berücksichtigung des jeweiligen Handwerks durchzuführen.

(4) Zum Nachweis der Fertigkeiten soll der Prüfling in insgesamt höchstens 3 Stunden 4 Arbeitsproben durchführen. Hierfür kommen insbesondere in Betracht:

1. Waren verkaufsgerecht herrichten und dekorieren,
2. Preisschild unter Anwendung der Plakatschrift gestalten,
3. Verkaufsgespräch führen,
4. Wiegen, Verpacken und Ermitteln der Kaufsumme von Waren.

(5) Zum Nachweis der Kenntnisse soll der Prüfling in insgesamt höchstens 180 Minuten Aufgaben aus folgenden Gebieten schriftlich lösen:

1. Beschreiben von Erzeugnissen unter Berücksichtigung der Zusammensetzung und Herstellung,
2. Beschreiben von Werbemöglichkeiten im Verkauf,
3. Anwenden der Grundrechenarten, Bruch- und Prozentrechnung an berufsspezifischen Beispielen,
4. Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Hygiene.

Die schriftlichen Aufgaben sollen auch praxisbezogene Fälle berücksichtigen.

(6) Die in Absatz 5 genannte Prüfungsdauer kann insbesondere unterschritten werden, soweit die schriftliche Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird.

§ 9

Abschlußprüfung

(1) Die Abschlußprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht vermittelten Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(2) Die Prüfung ist unter Berücksichtigung des jeweiligen Handwerks durchzuführen.

(3) Zum Nachweis der Fertigkeiten soll der Prüfling in insgesamt höchstens 6 Stunden 6 Arbeitsproben durchführen, von denen 3 Arbeitsproben auf die Fertigkeiten entfallen, die Gegenstand der Berufsausbildung in den Schwerpunkten sind. Es kommen in Betracht:

1. in höchstens 3 Stunden 3 Arbeitsproben, insbesondere:
 - a) Beraten von Kunden und Verkaufen von Waren unter Berücksichtigung lebensmittelrechtlicher Vorschriften,
 - b) Annehmen und Bearbeiten einer Bestellung unter Berücksichtigung besonderer Kundenwünsche,
 - c) Dekorieren und verkaufsförderndes Präsentieren von Waren unter Einsatz eines selbsthergestellten Werbemittels;
2. in höchstens 3 Stunden 3 Arbeitsproben, und zwar
 - a) in dem Schwerpunkt „Bäckerei/Konditorei“ insbesondere:
 - aa) dekoratives Herrichten von Waren als Präsent,

- bb) Einteilen, Aufschneiden und Verpacken von Backwaren und Torten,
 - cc) Zusammenstellen und Dekorieren einer bunten Platte;
- b) in dem Schwerpunkt „Fleischerei“ insbesondere:
- aa) Portionieren und verkaufsgerechtes Herrichten von Fleischteilstücken,
 - bb) Herrichten und Dekorieren einer Aufschnittplatte,
 - cc) Herstellen von Hackfleisch und Hackfleisch-erzeugnissen.

(4) Zum Nachweis der Kenntnisse soll der Prüfling in den Prüfungsfächern Technologie, Technische Mathematik sowie Wirtschafts- und Sozialkunde schriftlich geprüft werden. Es kommen Fragen und Aufgaben insbesondere aus folgenden Gebieten in Betracht:

1. im Prüfungsfach Technologie:
 - a) Beschreiben eines Verkaufsvorganges unter Berücksichtigung unterschiedlicher Kundentypen und unterschiedlicher Kaufmotive,
 - b) Beschreiben von Vorgängen im Geld- und Geschäftsverkehr,
 - c) Erklären von verkaufstechnischen Sonderfällen,
 - d) Unterscheiden von Waren und Erzeugnissen nach ihrer Zusammensetzung,
 - e) Darstellen der Verwendungsmöglichkeiten von Waren,
 - f) Lagern von Waren unter Berücksichtigung der Qualitätserhaltung,
 - g) Beschreiben der Funktion und Einsatzmöglichkeiten von Geräten, Maschinen und Anlagen,
 - h) lebensmittel- und gewerberechtliche Vorschriften,
 - i) Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Hygiene;
2. im Prüfungsfach Technische Mathematik:
 - a) Prozentrechnen und Mischungsrechnen,
 - b) Berechnen von Verkaufspreisen;
3. im Prüfungsfach Wirtschafts- und Sozialkunde:
 - allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge der Berufs- und Arbeitswelt.

Die Fragen und Aufgaben sollen auch praxisbezogene Fälle berücksichtigen.

(5) Für die schriftliche Kenntnisprüfung ist von folgenden zeitlichen Höchstwerten auszugehen:

1. im Prüfungsfach
Technologie	120 Minuten,
2. im Prüfungsfach
Technische Mathematik	90 Minuten,

3. im Prüfungsfach
Wirtschafts- und
Sozialkunde	60 Minuten.

(6) Die in Absatz 5 genannte Prüfungsdauer kann insbesondere unterschritten werden, soweit die schriftliche Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird.

(7) Die schriftliche Prüfung ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in einzelnen Fächern durch eine mündliche Prüfung zu ergänzen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung den Ausschlag geben kann. Die schriftliche Prüfung hat gegenüber der mündlichen das doppelte Gewicht.

(8) Innerhalb der Kenntnisprüfung hat das Prüfungsfach Technologie gegenüber jedem der übrigen Prüfungsfächer das doppelte Gewicht.

(9) Die Prüfung ist bestanden, wenn jeweils in der Fertigungs- und der Kenntnisprüfung sowie innerhalb der Kenntnisprüfung im Prüfungsfach Technologie mindestens ausreichende Leistungen erbracht sind.

§ 10

Aufhebung von Vorschriften

Die bisher festgelegten Berufsbilder, Berufsbildungspläne und Prüfungsanforderungen für die Lehrberufe, Anlernberufe und vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, die in dieser Verordnung geregelt sind, insbesondere für die Ausbildungsberufe Gewerbegehilfe im Bäckerhandwerk, Gewerbegehilfe im Fleischerhandwerk, Gewerbegehilfe im Konditorhandwerk und Verkäufer im Nahrungsmittelhandwerk, sind vorbehaltlich des § 11 nicht mehr anzuwenden.

§ 11

Übergangsregelung

Auf Berufsausbildungsverhältnisse, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehen, sind die bisherigen Vorschriften weiter anzuwenden, es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung.

§ 12

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 112 des Berufsbildungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1986 in Kraft.

Bonn, den 23. Dezember 1985

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Würzen

Anlage
(zu § 5)

**Ausbildungsrahmenplan
für die Berufsausbildung zum Fachverkäufer/zur Fachverkäuferin
im Nahrungsmittelhandwerk**

I. Berufliche Grundbildung

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr
1	2	3	4
1	Berufsbildung (§ 4 Nr. 1)	a) Bedeutung des Ausbildungsvertrages, insbesondere Abschluß, Dauer und Beendigung, erklären b) gegenseitige Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsvertrag nennen c) Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung nennen	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln
2	Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes (§ 4 Nr. 2)	a) Aufbau und Aufgaben des ausbildenden Betriebes erläutern b) Grundfunktionen des ausbildenden Betriebes, insbesondere Beschaffung, Fertigung, Absatz und Verwaltung, erklären c) Beziehungen des ausbildenden Betriebes und seiner Belegschaft zu Wirtschaftsorganisationen, Berufsvertretungen und Gewerkschaften nennen d) Grundlagen, Aufgaben und Arbeitsweise der betriebsverfassungsrechtlichen Organe des ausbildenden Betriebes beschreiben	
3	Arbeits- und Tarifrecht, Arbeitsschutz (§ 4 Nr. 3)	a) wesentliche Teile des Arbeitsvertrages nennen b) wesentliche Bestimmungen der für den ausbildenden Betrieb geltenden Tarifverträge nennen c) Aufgaben des betrieblichen Arbeitsschutzes sowie der zuständigen Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht erläutern d) wesentliche Bestimmungen der für den ausbildenden Betrieb geltenden Arbeitsschutzgesetze nennen	
4	Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung (§ 4 Nr. 4)	a) berufsbezogene Arbeitsschutzvorschriften bei den Arbeitsabläufen anwenden b) unfallverursachendes Verhalten sowie berufstypische Unfallquellen und -situationen beschreiben c) Gefahren des elektrischen Stroms beschreiben	

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr	
			1	2
1	2	3	4	
		d) wesentliche Vorschriften über die Feuer- verhütung und die Brandschutzeinrichtungen nennen e) Gefahren, die von Giften, Gasen und leicht entzündlichen Stoffen ausgehen, nennen f) Verhalten bei Unfällen beschreiben und Maßnahmen zur Ersten Hilfe einleiten g) arbeitsplatzbedingte Umweltbelastungen nennen und zu ihrer Vermeidung beitragen h) Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmittel unter Berücksichtigung des Bundes- seuchengesetzes verwenden i) Abfälle unter Berücksichtigung der gesetz- lichen Bestimmungen beseitigen k) die im Ausbildungsbetrieb verwendeten Energiearten nennen und Möglichkeiten rationeller Energieverwendung im beruflichen Einwirkungs- und Beobachtungsbereich anführen	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln	
5	Ausführen von Hygienemaßnahmen (§ 4 Nr. 5)	a) Bedeutung der Arbeitshygiene erklären b) Arbeitsplatz unter Berücksichtigung der Hygienevorschriften einrichten und sauberhalten c) Hygienevorschriften bei der Auswahl der Arbeitskleidung und der persönlichen Hygiene beachten d) Hygienevorschriften im Umgang mit Lebens- mitteln anwenden		
6	Anwenden lebensmittel- und gewerberechtl. Vorschriften (§ 4 Nr. 6)	a) berufsbezogene lebensmittel- und gewerbe- rechtliche Vorschriften anwenden b) die für den Betrieb einer Gaststätte geltenden Vorschriften nennen		
7	Bedienen und Pflegen von Arbeitsgeräten, Maschinen und Anlagen im Verkaufsbereich (§ 4 Nr. 7)	a) Arbeitsweise und Einsatzmöglichkeiten der Arbeitsgeräte, Maschinen und Anlagen beschreiben b) Funktion der Waagen beschreiben c) Waagen, einschließlich automatischer Waagen, bedienen	X	X X

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr	
			1	2
1	2	3	4	
		d) Arbeitsgeräte handhaben e) Maschinen und Anlagen unter Beachtung der Bedienungsanleitung und der Sicherheitsvorschriften bedienen f) Reinigungs- und Pflegemittel auswählen g) Platten und Verkaufsbleche reinigen und pflegen h) Arbeitsgeräte, Maschinen und Anlagen reinigen und pflegen	X X X	 X X
8	Lagern und Kontrollieren von Waren (§ 4 Nr. 8)	a) Lagerarten, -verfahren und -einrichtungen nennen b) Einflüsse von Temperatur, Licht und Feuchtigkeit auf die Haltbarkeit der Waren erläutern c) Waren bei der Annahme auf Gewicht und Menge prüfen d) Waren kühlen e) Waren unter Berücksichtigung äußerer Einflüsse lagern f) Verpackungsmaterialien lagern	X X X	 X X X
9	Umgang mit Kunden (§ 4 Nr. 9)	a) Anforderungen an das Verkaufspersonal erläutern b) Kundentypen unterscheiden c) Kundengespräche führen	X X	 X
10	Präsentieren von Waren und Dekorieren (§ 4 Nr. 10)	a) Waren in Reihe, Stapel, Kombinationen und Gruppen präsentieren, Besonderheiten herausstellen b) Speisen und Getränke anbieten, herrichten und überreichen	X	 X
11	Werbung und Verkaufsförderung (§ 4 Nr. 11)	a) Werbemittel beschreiben und Werbemöglichkeiten erläutern b) Plakatschrift schreiben c) Hinweis- und Preisschilder anfertigen	 X X	 X
12	Warenangebote, Preisbildung und Auszeichnung (§ 4 Nr. 12)	a) Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere Genossenschaften und Kooperationsformen, beschreiben b) Bedeutung von Angebot und Nachfrage auf die Preisbildung erklären c) Zusammensetzung von Verkaufspreisen darstellen		 X X X

B. Fleischerei

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr	
			1	2
1	2	3	4	
17	Umgang mit Waren (§ 4 Nr. 16)	a) verschiedene Fleischarten unterscheiden b) Fleischteilstücke bezeichnen c) Fleisch nach Fleisch-Fett-Knochen-Verhältnis beurteilen d) Verkehrsbezeichnungen für Fleisch und Fleischerzeugnisse unterscheiden e) Fleischerzeugnisse nach ihrer Zusammensetzung unterscheiden f) Fleischerzeugnisse nach Herstellungsverfahren unterscheiden g) Wurst- und Fleischwaren aufschneiden h) Fleischteilstücke zu Gulasch zuschneiden i) Rollbraten wickeln k) Fleischspieße stecken l) Wurstplatte legen		X X X X X X X X X X X

II. Berufliche Fachbildung

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr			
			3	4	5	6
1	2	3	4			
1	die in § 4 Nr. 1 bis 7 aufgeführten Teile des Ausbildungsberufsbildes	die unter I. lfd. Nr. 1 bis 7 aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln			
2	Lagern und Kontrollieren von Waren (§ 4 Nr. 8)	a) Bedeutung von Inventur und Lagerkontrolle erläutern b) Waren auf Qualität prüfen c) Waren unter Berücksichtigung unterschiedlicher Haltbarkeit lagern d) Waren regelmäßig auf Bestand und Haltbarkeit kontrollieren e) Waren in Kühlanlagen und Kühlgeräten lagern f) Lagerkontrolle und Inventur unter Anleitung durchführen g) Verkaufslager verwalten		X X X	X X	
3	Umgang mit Kunden (§ 4 Nr. 9)	a) Verhalten gegenüber Kunden insbesondere bei verkaufstechnischen Sonderfällen, Reklamationen und Kundenandrang, beschreiben	X			

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr			
			3	4	5	6
1	2	3	4			
		b) Kaufmotive und Kundenwünsche ermitteln c) Verbraucherverhalten beurteilen	X	X		
4	Präsentieren von Waren und Dekorieren (§ 4 Nr. 10)	a) Waren im Verkaufsraum auslegen, garnieren und dekorieren b) Schaufenster werbewirksam gestalten c) Schaufenster zu besonderen Anlässen gestalten d) Präsentpackungen zusammenstellen und dekorieren	X	X	X	X
5	Werbung und Verkaufsförderung (§ 4 Nr. 11)	a) Werbemittel anfertigen b) Werbemittel einsetzen c) Waren verkaufsfördernd herrichten und plazieren	X	X		
6	Warenangebote, Preisbildung und Auszeichnung (§ 4 Nr. 12)	a) Arten und Sorten von Handelswaren beschreiben b) Warenangebote nach Qualitätsunterschieden und Preis beurteilen c) Waren unter Berücksichtigung der Gestaltung des Handelswarensortiments auswählen d) Waren auszeichnen e) Warenbestelllisten vorbereiten f) Verkaufspreise nach vorgegebenen Daten berechnen		X	X	X
7	Beraten und Bedienen von Kunden (§ 4 Nr. 13)	a) Verkaufsgespräch führen b) Bestellungen entgegennehmen und bearbeiten c) Kunden beraten	X	X	X	
8	Verpacken und Ausliefern von Waren (§ 4 Nr. 14)	a) Geschenke dem Anlaß entsprechend verpacken und dekorieren b) Waren versandfertig verpacken c) Waren unter Berücksichtigung produktbezogener Besonderheiten transportieren und beim Kunden herrichten	X			X
9	Geld- und Geschäftsverkehr (§ 4 Nr. 15)	a) Steuerarten nennen b) Versicherungsarten und ihre Bedeutung für den Betrieb nennen			X	X

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zu vermitteln im Ausbildungshalbjahr				
			3	4	5	6	
1	2	3	4				
		c) branchenübliche Abrechnungsformen anwenden d) Tageseinnahmen abrechnen e) bei der Erfassung statistischer Daten über Waren, Produktion, Kosten und Umsatz mitwirken f) Formvorschriften des schriftlichen Geschäftsverkehrs anwenden, insbesondere Lieferscheine, Rechnungen und Quittungen ausstellen g) Unterlagen für die buchführende Stelle zusammenstellen h) verkaufstechnische Sonderfälle, insbesondere Reklamationen, Gutschriften und Ersatzleistungen, bearbeiten		X			X
				X			X
					X		X
							X

A. Schwerpunkt Bäckerei/Konditorei

10	Umgang mit Waren (§ 4 Nr. 16)	unter Berücksichtigung des jeweiligen Handwerks:	zeitlicher Richtwert in Monaten				
		a) Rohstoffe für die Herstellung von Speiseeis nennen			X		
		b) Verfahren für die Herstellung von Speiseeis beschreiben			X		
		c) Bedeutung von diätetischen Back- und Süßwaren nennen				X	
		d) Erzeugnisse nach Form und Zusammensetzung unterscheiden		X			
		e) Torten, Kuchen und Desserts einteilen und aufschneiden		X			
		f) bunte Platten unter Berücksichtigung der Kundenwünsche zusammenstellen und dekorieren				X	
		g) verschiedene Tortenstücke zu einer Torte zusammensetzen	6		X		
		h) Feine Backwaren schneiden, füllen, dekorieren und verpacken			X		
		i) Schokoladen- und Marzipan-erzeugnisse dekorativ herrichten, insbesondere stanniolieren, garnieren, Schleifen binden				X	
		k) Eisspeisen, Eisbecher und Schlag- sahn anrichten			X		
		l) Backzettel und Anleitung erstellen					X
		m) Erzeugnisse nach vorgegebenen Bewertungskriterien beurteilen					X

Verordnung
über die Berufsausbildung zum Textillaboranten/zur Textillaborantin (physikalisch-technisch) *)
Vom 23. Dezember 1985

Auf Grund des § 25 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), der zuletzt durch § 24 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2525) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft verordnet:

§ 1

Staatliche Anerkennung des Ausbildungsberufes

Der Ausbildungsberuf Textillaborant (physikalisch-technisch)/Textillaborantin (physikalisch-technisch) wird staatlich anerkannt.

§ 2

Ausbildungsdauer

Die Ausbildung dauert dreieinhalb Jahre.

§ 3

Ausbildungsberufsbild

Gegenstand der Berufsausbildung sind mindestens die folgenden Fertigkeiten und Kenntnisse:

1. Berufsbildung,
2. Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes,
3. Arbeits- und Tarifrecht, Arbeitsschutz,
4. Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung,
5. Pflegen und Kontrollieren von Arbeitsgeräten und Laboratoriumseinrichtungen,
6. Auswerten, Darstellen und Interpretieren von Arbeitsergebnissen,
7. Mitwirken bei Fertigungsabläufen,
8. Kenntnisse des Textil-Prüfwesens,
9. Klima und seine Bedeutung,
10. Herkunft, Eigenschaften und Verwendung von Textilfasern,
11. Konstruktion, Herstellung und Verwendung von Garnen und Zwirnen,
12. Konstruktion, Herstellung und Verwendung von textilen Flächeengebilden,
13. Entnehmen und Vorbereiten von Proben,

14. Erfassen von Kenndaten,
15. Analysieren und Mikroskopieren von Materialien,
16. Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von Textilfasern,
17. Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von Garnen und Zwirnen,
18. Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von textilen Flächeengebilden,
19. Prüfen des Gebrauchsverhaltens von Textilien.

§ 4

Ausbildungsrahmenplan

Die Fertigkeiten und Kenntnisse nach § 3 sollen nach der in der Anlage enthaltenen Anleitung zur sachlichen und zeitlichen Gliederung der Berufsausbildung (Ausbildungsrahmenplan) vermittelt werden. Eine vom Ausbildungsrahmenplan abweichende sachliche und zeitliche Gliederung des Ausbildungsinhaltes ist insbesondere zulässig, soweit betriebspraktische Besonderheiten die Abweichung erfordern.

§ 5

Ausbildungsplan

Der Auszubildende hat unter Zugrundelegung des Ausbildungsrahmenplans für den Auszubildenden einen Ausbildungsplan zu erstellen.

§ 6

Berichtsheft

Der Auszubildende hat ein Berichtsheft in Form eines Ausbildungsnachweises zu führen. Ihm ist Gelegenheit zu geben, das Berichtsheft während der Ausbildungszeit zu führen. Der Auszubildende hat das Berichtsheft regelmäßig durchzusehen.

§ 7

Zwischenprüfung

(1) Zur Ermittlung des Ausbildungsstandes ist eine Zwischenprüfung durchzuführen. Sie soll vor dem Ende des zweiten Ausbildungsjahres stattfinden.

(2) Die Zwischenprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage für das erste Ausbildungsjahr und die unter laufender Nummer 13, 15, 17 und 18 für das zweite Ausbildungsjahr aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht entsprechend

*) Diese Rechtsverordnung ist eine Ausbildungsordnung im Sinne des § 25 des Berufsbildungsgesetzes. Die Ausbildungsordnung und der damit abgestimmte, von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossene Rahmenlehrplan für die Berufsschule werden demnächst als Beilage zum Bundesanzeiger veröffentlicht.

den Rahmenlehrplänen zu vermittelnden Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(3) Zum Nachweis der Fertigkeiten soll der Prüfling in insgesamt höchstens 5 Stunden 4 Arbeitsproben durchführen. Hierfür kommen insbesondere in Betracht:

1. Vorbereiten von Proben,
2. Erfassen von Kenndaten,
3. Analysieren von Material und Mikroskopieren,
4. Bestimmen von Faserfeinheit und Faserlänge,
5. Bestimmen von Feinheit, Drehung und Konstruktion von Garnen und Zwirnen sowie Erstellen eines Kraft-Längenänderungsdiagramms,
6. Unterscheiden von Konstruktionen textiler Flächengebilde, Bestimmen von Länge, Breite, Dicke und Gewicht sowie Errechnen daraus abgeleiteter Kenngrößen.

(4) Zum Nachweis der Kenntnisse soll der Prüfling in insgesamt höchstens 180 Minuten Aufgaben aus folgenden Gebieten schriftlich lösen:

1. Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung,
2. Herkunft und Eigenschaften wesentlicher Natur- und Chemiefasern,
3. Grundlagen des Textil-Prüfwesens,
4. Konstruktionsmerkmale von Garnen und Zwirnen,
5. Konstruktion textiler Flächengebilde,
6. Anwenden der Grundrechenarten auf einfache fachspezifische Aufgaben.

Die schriftlichen Aufgaben sollen vorwiegend praxisbezogene Fälle berücksichtigen.

(5) Die in Absatz 4 genannte Prüfdauer kann insbesondere unterschritten werden, soweit die schriftliche Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird.

§ 8

Abschlußprüfung

(1) Die Abschlußprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht vermittelten Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(2) Zum Nachweis der Fertigkeiten soll der Prüfling in insgesamt höchstens 8 Stunden 6 Arbeitsproben ausführen. Hierfür kommen insbesondere in Betracht:

1. Erfassen von Kenndaten,
2. Analysieren von Material,
3. Vorbereiten von Faserproben, Durchführen von Prüfungen sowie Auswerten, Darstellen und Interpretieren der Ergebnisse,
4. Vorbereiten von Garn- und Zwirnproben, Durchführen von Prüfungen sowie Auswerten, Darstellen und Interpretieren der Ergebnisse,
5. Vorbereiten von Proben textiler Flächengebilde, Durchführen von Prüfungen sowie Auswerten, Darstellen und Interpretieren der Ergebnisse,

6. Vorbereiten von Proben zur Bestimmung des Gebrauchsverhaltens von Textilien, Durchführen einer Prüfung sowie Auswerten, Darstellen und Interpretieren der Ergebnisse.

(3) Zum Nachweis der Kenntnisse soll der Prüfling in den Prüfungsfächern Technologie, Technische Mathematik, Technisches Zeichnen sowie Wirtschafts- und Sozialkunde schriftlich geprüft werden. Es kommen Fragen und Aufgaben insbesondere aus folgenden Gebieten in Betracht:

1. Im Prüfungsfach Technologie:
 - a) Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung,
 - b) Beschreibung eines Fertigungsablaufs,
 - c) Textil-Prüfwesen,
 - d) Einfluß des Klimas auf Eigenschaften von Textilien,
 - e) Herkunft, Eigenschaften, Verarbeitung und Verwendung von Textilfasern,
 - f) Herkunft, Eigenschaften, Verarbeitung und Verwendung von Garnen und Zwirnen,
 - g) Herkunft, Eigenschaften, Verarbeitung und Verwendung von textilen Flächengebilden,
 - h) Probenahme und Probenvorbereitung,
 - i) Verfahren zur Prüfung des Aufbaus und der Eigenschaften von Textilien,
 - k) Auswahl und Beschreibung von Verfahren zur Prüfung des Gebrauchsverhaltens von Textilien,
 - l) Bedeutung der Prüfdaten für die Praxis;
2. im Prüfungsfach Technische Mathematik:
 - a) Berechnung fachspezifischer abgeleiteter Kenndaten,
 - b) Statistische Auswertung von Meßergebnissen;
3. im Prüfungsfach Technisches Zeichnen:
 - a) Normgerechte Darstellung von Konstruktionsmerkmalen von Garnen und Zwirnen,
 - b) Normgerechte Darstellung von textilen Flächengebilden,
 - c) Grafische Darstellung von Prüfergebnissen;
4. im Prüfungsfach Wirtschafts- und Sozialkunde:

allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge der Berufs- und Arbeitswelt.

Die Fragen und Aufgaben sollen vorwiegend praxisbezogene Fälle berücksichtigen.

(4) Für die schriftliche Kenntnisprüfung ist von folgenden zeitlichen Höchstwerten auszugehen:

1. im Prüfungsfach
Technologie	120 Minuten,
2. im Prüfungsfach
Technische Mathematik	90 Minuten,
3. im Prüfungsfach
Technisches Zeichnen	90 Minuten,
4. im Prüfungsfach
Wirtschafts- und Sozialkunde	60 Minuten.

(5) Die in Absatz 4 genannte Prüfungsdauer kann insbesondere unterschritten werden, soweit die schriftliche Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird.

(6) Die schriftliche Prüfung ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in einzelnen Fächern durch eine mündliche Prüfung zu ergänzen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung den Ausschlag geben kann. Die schriftliche Prüfung hat gegenüber der mündlichen das doppelte Gewicht.

(7) Innerhalb der Kenntnisprüfung hat das Prüfungsfach Technologie gegenüber jedem der übrigen Prüfungsfächer das doppelte Gewicht.

(8) Die Prüfung ist bestanden, wenn jeweils in der Fertigungs- und der Kenntnisprüfung sowie innerhalb der Kenntnisprüfung im Prüfungsfach Technologie mindestens ausreichende Leistungen erbracht sind.

§ 9

Aufhebung von Vorschriften

Die bisher festgelegten Berufsbilder, Berufsbildungspläne und Prüfungsanforderungen für die Lehrberufe, Anlernberufe und vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, die in dieser Rechtsverordnung geregelt sind,

insbesondere für den Ausbildungsberuf Textillaborant (mechanisch-technologisch)/Textillaborantin (mechanisch-technologisch) sind vorbehaltlich des § 10 nicht mehr anzuwenden.

§ 10

Übergangsregelung

Auf Berufsausbildungsverhältnisse, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehen, sind die bisherigen Vorschriften weiter anzuwenden, es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung.

§ 11

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 112 des Berufsbildungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1986 in Kraft.

Bonn, den 23. Dezember 1985

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Würzen

**Ausbildungsrahmenplan
für die Berufsausbildung zum Textillaboranten/zur Textillaborantin
(physikalisch-technisch)**

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
1	Berufsbildung (§ 3 Nr. 1)	a) Bedeutung des Ausbildungsvertrages, insbesondere Abschluß, Dauer und Beendigung, erklären b) gegenseitige Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsvertrag nennen c) Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung nennen	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln			
2	Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes (§ 3 Nr. 2)	a) Aufbau und Aufgaben des ausbildenden Betriebes erläutern b) Grundfunktionen des ausbildenden Betriebes wie Beschaffung, Fertigung, Absatz und Verwaltung erklären c) Beziehungen des ausbildenden Betriebes und seiner Belegschaft zu Wirtschaftsorganisationen, Berufsvertretungen und Gewerkschaften nennen d) Grundlagen und Aufgaben und Arbeitsweise der betriebsverfassungsrechtlichen bzw. personalvertretungsrechtlichen Organe des ausbildenden Betriebes beschreiben				
3	Arbeits- und Tarifrecht, Arbeitsschutz (§ 3 Nr. 3)	a) wesentliche Teile des Arbeitsvertrages nennen b) wesentliche Bestimmungen der für den ausbildenden Betrieb geltenden Tarifverträge nennen c) Aufgaben des betrieblichen Arbeitsschutzes sowie der zuständigen Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht erläutern d) wesentliche Bestimmungen der für den ausbildenden Betrieb geltenden Arbeitsschutzgesetze nennen				
4	Unfallverhütung, Umweltschutz und rationelle Energieverwendung (§ 3 Nr. 4)	a) berufsbezogene Arbeitsschutzvorschriften bei den Arbeitsabläufen anwenden b) Gefahren im Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen und dem elektrischen Strom erläutern c) Verhaltensregeln im Brandfall nennen und Maßnahmen zur Brandbekämpfung ergreifen				

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		<ul style="list-style-type: none"> d) Gefahrenstellen an Maschinen nennen, Schutzeinrichtungen beschreiben und ihre Wirksamkeit erhalten e) Verhalten nach Unfällen darstellen und Maßnahmen zur Ersten Hilfe einleiten f) berufsbezogene Vorschriften des Umweltschutzes beachten g) arbeitsplatzbedingte Umweltbelastungen nennen und zu ihrer Verminderung beitragen h) die im Ausbildungsbetrieb verwendeten Energiearten nennen und Möglichkeiten rationeller Energieverwendung im beruflichen Einwirkungs- und Beobachtungsbereich anführen 				
5	Pflegen und Kontrollieren der Arbeitsgeräte und Laboratoriumseinrichtungen (§ 3 Nr. 5)	<ul style="list-style-type: none"> a) Arbeitsanleitung für die Geräte beherrschen b) Einrichtungen und Geräte pflegen c) Geräte auf Funktionstüchtigkeit und Genauigkeit kontrollieren und justieren d) Korrekturfaktoren bestimmen e) Funktionsstörungen an Geräten erkennen und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung einleiten 				
6	Auswerten, Darstellen und Interpretieren von Arbeitsergebnissen (§ 3 Nr. 6)	<ul style="list-style-type: none"> a) Versuchsparameter in Diagramme eintragen b) Meßdaten und Zählergebnisse manuell und rechnergestützt erfassen c) Versuchsprotokolle erstellen und ihre Bedeutung beschreiben d) Arbeitsergebnisse manuell und rechnergestützt auswerten e) wesentliche statistische Kenngrößen, insbesondere Mittelwert, Standardabweichung, Variationskoeffizient, sowie absolute und relative Weite des Vertrauensbereiches des Mittelwertes berechnen f) t-Test und F-Test durchführen g) Stichprobenumfang bei vorgegebener Vertrauensbereichsweite berechnen h) Meßdaten grafisch darstellen und Diagramme beschriften i) Qualitätsstandarddatei anlegen und führen 				während der gesamten Ausbildung zu vermitteln

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		k) Arbeitsergebnisse beurteilen und bei Schlußfolgerungen mitwirken l) Untersuchungsberichte erstellen	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln			
7	Mitwirken bei Fertigungsabläufen (§ 3 Nr. 7)	a) wesentliche Textilproduktionsmaschinen nennen und ihre Arbeitsweise beschreiben b) den Zusammenhang zwischen Arbeitsverfahren und marktgerechtem Endprodukt beschreiben c) Fertigungsabläufe im Betrieb darstellen d) unter Anleitung in der Fertigung mitarbeiten	1	1	1	
8	Kenntnisse des Textil-Prüfwesens (§ 3 Nr. 8)	a) Bedeutung des physikalisch-technologischen Prüfens erklären b) SI-System beschreiben; Garnfeinheits-Systeme erklären c) Überblick über Begriffe der Textilprüfung, insbesondere Messen, Prüfen, Zählen, Kontrollieren, Beobachten und Beurteilen, geben d) wesentliche Prüfverfahren und Geräte beschreiben e) Vorschriften, Normen und Anweisungen über Prüfverfahren und -methoden nennen f) Bedeutung von Materialeingangs-, Fertigungs- und Ausgangskontrolle sowie der Fehleranalyse für die Qualitätssicherung darlegen g) Bedeutung von Meßgenauigkeiten darlegen und mögliche Meßfehler beschreiben h) Aussagewert der Ergebnisse von Textilprüfungen darlegen i) Bedeutung rechnergestützter Datenerfassung und -auswertung für das Textilprüfwesen beschreiben k) Bedeutung der Fachliteratur darlegen	2			
9	Klima und seine Bedeutung (§ 3 Nr. 9)	a) Temperatur und Feuchtigkeitszustand der Luft als wesentliche Einflußgrößen des Klimas in Fertigungs- und Laborräumen nennen b) Einfluß des Klimas auf die Verarbeitung und die technologischen Kennwerte der Textilien erklären				

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		<ul style="list-style-type: none"> c) Zusammenhänge zwischen Temperatur und absoluter und relativer Luftfeuchte beschreiben d) Überblick über den prinzipiellen Aufbau und die Wirkungsweise von Klimaanlage geben e) Normklima bei Textilprüfungen beachten f) Klimameßgeräte bedienen 	1			
10	Herkunft, Eigenschaften und Verwendung von Textilfasern (§ 3 Nr. 10)	<ul style="list-style-type: none"> a) Herkunft wesentlicher organischer und anorganischer Naturfasern beschreiben b) Herkunft wesentlicher Chemiefasern aus natürlichen und synthetischen Polymeren sowie aus Nichtpolymeren beschreiben c) physikalische und chemische Eigenschaften von Textilfasern und ihre Bedeutung für den jeweiligen Verwendungszweck erklären 	1	1		
11	Konstruktion, Herstellung und Verwendung von Garnen und Zwirnen (§ 3 Nr. 11)	<ul style="list-style-type: none"> a) Konstruktionsmerkmale von Garnen und Zwirnen normgerecht darstellen b) wesentliche Verfahren zur Herstellung und Verarbeitung von Garnen und Zwirnen beschreiben c) wesentliche Verfahren zur Herstellung und Verarbeitung von glatten und texturierten Filamentgarnen beschreiben d) Eigenschaften von Garnen und Zwirnen und ihre Bedeutung für den jeweiligen Verwendungszweck erklären 	1			
12	Konstruktion, Herstellung und Verwendung von textilen Flächengebilden (§ 3 Nr. 12)	a) Konstruktion der durch Fadenverkreuzung, Fadenverschlingung, Faserfestigung und durch weitere Verfahren hergestellten textilen Flächengebilde beschreiben		1		
		<ul style="list-style-type: none"> b) Konstruktion der durch Fadenverkreuzung, Fadenverschlingung, Faserfestigung und durch weitere Verfahren hergestellten textilen Flächengebilde darstellen c) wesentliche Verfahren zur Herstellung textiler Flächengebilde beschreiben d) Eigenschaften textiler Flächengebilde und ihre Bedeutung für den jeweiligen Verwendungszweck erklären 			2	

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		<ul style="list-style-type: none"> e) gebräuchliche Textilveredelungsverfahren nennen f) Textilkennzeichnungsgesetz beachten g) Pflegesymbole beschreiben 				
13	Entnehmen und Vorbereiten von Proben (§ 3 Nr. 13)	<ul style="list-style-type: none"> a) Bedeutung der repräsentativen Stichprobe begründen b) Probenarten unterscheiden c) Proben von Fasern, Garnen, Zwirnen und textilen Flächengebilden aus unterschiedlichen Produktionsstufen nehmen d) Proben kennzeichnen, vorbehandeln und an das Normalklima angleichen e) wesentliche äußere Einwirkungen, insbesondere physikalischer und chemischer Art, auf Materialeigenschaften berücksichtigen 	1	1		
14	Erfassen von Kenn- daten (§ 3 Nr. 14)	<ul style="list-style-type: none"> a) Temperatur und Luftfeuchte messen b) geeignete Meßgeräte und Meßbereiche auswählen c) Meßgeräte anwenden d) Feuchtigkeitsgehalt und Handelsgewicht bestimmen e) Umrechnungen von Garnfeinheits- systemen beherrschen 	1			
		<ul style="list-style-type: none"> f) textilspezifische physikalische und chemische Kenn- daten erfassen 		1		
15	Analysieren und Mikroskopieren von Materialien (§ 3 Nr. 15)	<ul style="list-style-type: none"> a) Aufbau, Wirkungsweise und Handhabung von Mikroskopen beschreiben b) Arten der Objektbeleuchtung auswählen und anwenden c) Vergrößerung auswählen und mit Objekt- und Okularmikrometer kontrollieren d) Präparate herstellen e) mikroskopisches Bild durch Foto- grafieren oder Nachzeichnen fixieren f) Faserarten durch Brennreaktion unter- scheiden sowie mikroskopisch durch Lösungsbild und Anfärbemethoden bestimmen 	1	1		

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		g) Querschnittsflächen bestimmen h) Einbettungsmittel und Schnittverfahren auswählen i) Faserform, -querschnitt und -profil sowie Oberflächenbeschaffenheit bestimmen k) Einlagerungen feststellen l) Löslichkeitsreaktionen durchführen m) thermische und optische Analyseverfahren nennen n) Fasermischungen quantitativ bestimmen o) Materialschäden und Fertigungsfehler erkennen			1	1
16	Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von Textilfasern (§ 3 Nr. 16)	a) Faserfeinheit, insbesondere aus Länge und Gewicht, aus Dichte und Durchmesser, nach der Luftdurchlässigkeitsmethode und nach der Schwingungsmethode bestimmen b) Faserlängen, insbesondere durch Handstapel, Einzelfaserlängenmessung, nach dem Kammstapelverfahren und durch automatisierte Verfahren bestimmen	1			
		c) Verunreinigungen und Nisengehalt erkennen d) Kräuselungsgrad bestimmen und Kräuselbögen zählen e) Bauschelastizität prüfen f) Haftgleiteigenschaften und Verzugsfähigkeit messen g) Festigkeits- und Dehnungseigenschaften an Einzelfasern und an Faserbündeln bestimmen h) Schrumpf an Fasern bestimmen		2		
17	Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von Garnen und Zwirnen (§ 3 Nr. 17)	a) Garn- und Zwirnfeinheit aus Länge und Gewicht bestimmen b) Drehung, Drehungsrichtung, Drehungskoeffizient und Einzwirnung bestimmen c) Zwirnkonstruktion feststellen	1			
		d) Kraft-Längenänderungsdiagramm erstellen und wesentliche Kenngrößen bestimmen e) zugelastisches Verhalten bestimmen f) Schrumpf an Garnen und Zwirnen bestimmen		2		

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
		<ul style="list-style-type: none"> g) Verwirbelungsabstände an Filamentgarnen bestimmen h) Einkräuselung, Kennkräuselung, mechanische oder thermische Kräuselbeständigkeit von texturierten Garnen bestimmen i) Garn- und Zwirngleichmäßigkeit, insbesondere durch Anfertigen von Schaufeln, kapazitive Verfahren und kontinuierliche Kraftmessung bei konstanter Dehnung bestimmen k) Kenngrößen der Garn- und Zwirngleichmäßigkeit, insbesondere Variationskoeffizient, mittlere lineare und mittlere quadratische Ungleichmäßigkeit und Wellenlängenspektrogramm bestimmen l) periodisch auftretende Ungleichmäßigkeiten erkennen; Garn- und Zwirnfehler bestimmen m) Bedeutung der Haarigkeit und des Reibwertes beschreiben 			2	1
18	Physikalisch-technologisches Prüfen des Aufbaus und der Eigenschaften von textilen Flächengebilden (§ 3 Nr. 18)	<ul style="list-style-type: none"> a) Länge, Breite, Dicke und Masse textiler Flächengebilde bestimmen und daraus abgeleitete Kenngrößen errechnen b) Konstruktion der durch Fadenverkreuzung, Fadenverschlingung, Faserverfestigung und durch weitere Verfahren hergestellten textilen Flächengebilde bestimmen c) Bindungen und Legungen zeichnen d) Kraft-Längenänderungsdiagramm erstellen; Höchstzugkraft, Höchstzugkraft-Dehnung und abgeleitete Kenngrößen bestimmen e) Flächen bei verschiedenen Beleuchtungen und unterschiedlichen Betrachtungswinkeln beurteilen f) Prüfmethode zur Fehleridentifikation und zur Auffindung von Schadensursachen anwenden g) Einreiß-, Weiterreiß- und Haftfestigkeit, Nahtschiebewiderstand, Schiebewiderstand und Nahtausreißfestigkeit bestimmen h) zugelastisches Verhalten bestimmen i) Wölb- und Berstversuche durchführen und auswerten k) Maßstabilität und Schrumpfverhalten von textilen Flächengebilden, insbesondere durch Waschen, Bügeln und Dämpfen bestimmen 	1		2	
					2	2

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	zeitliche Richtwerte in Monaten im Ausbildungsjahr			
			1	2	3	4
1	2	3	4			
19	Prüfen des Gebrauchsverhaltens von Textilien (§ 3 Nr. 19)	<ul style="list-style-type: none"> a) Oberflächenbeschaffenheit und Aussehen textiler Flächengebilde subjektiv und objektiv nach Griff, Fall, Glätte und Biegesteifigkeit beurteilen b) Scheuerbeständigkeit und Pillneigung jeweils nach verschiedenen Methoden prüfen und bewerten c) Knitterverhalten nach verschiedenen Methoden prüfen und bewerten d) Durchlässigkeit gegenüber flüssigen, dampfförmigen und gasförmigen Medien bestimmen e) elektrostatisches Verhalten prüfen f) wesentliche Echtheitsprüfungen, insbesondere der Licht-, Reib-, Schweiß-, Wasch- und Wasserechtheit durchführen und bewerten g) betriebsspezifische Fertigprodukte beurteilen; Mängel erkennen h) Weiterverarbeitungsqualität beurteilen i) Bezug zwischen Ergebnissen aus Laborversuchen und dem Gebrauchsverhalten in der Praxis herstellen 			4	2

**Verordnung
über Verfahren vor dem Bundessortenamt
Vom 30. Dezember 1985**

Auf Grund des § 32 des Sortenschutzgesetzes vom 11. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2170) und der §§ 53 und 55 Abs. 2 Satz 1 des Saatgutverkehrsgesetzes vom 20. August 1985 (BGBl. I S. 1633) verordnet der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und

auf Grund des § 33 Abs. 2 des Sortenschutzgesetzes und des § 54 Abs. 2 des Saatgutverkehrsgesetzes, jeweils in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), verordnet der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen:

**Abschnitt 1
Verfahren**

§ 1

Antrag

(1) Der Sortenschutzantrag ist in zweifacher Ausfertigung, der Antrag auf Sortenzulassung in dreifacher Ausfertigung zu stellen; die Sortenbezeichnung ist in zweifacher Ausfertigung anzugeben.

(2) Für die Anträge und die Angabe der Sortenbezeichnung sind Vordrucke des Bundessortenamtes zu verwenden.

(3) Betrifft der Antrag auf Sortenzulassung eine Sorte von

1. Getreide,
2. Welschem Weidelgras,
3. Deutschem Weidelgras oder
4. Winterraps für Körnernutzung,

so sind ihm Ergebnisse von Prüfungen beizufügen, die Aufschluß über die Eigenschaften der Sorte geben. Das Bundessortenamt setzt, soweit es zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse notwendig ist, nach Anhörung der betroffenen Spitzenverbände allgemeine Anforderungen an die Prüfungen fest und teilt diese auf Anfrage mit.

§ 2

Registerprüfung

(1) Das Bundessortenamt beginnt die Prüfung der Sorte auf Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit (Registerprüfung) in der auf den Antragstag folgenden Vegetationsperiode, wenn der Antrag bis zu dem für die jeweilige Art bekanntgemachten Termin eingegangen ist. Im Falle des § 26 Abs. 4 des Sortenschutzgesetzes beginnt das Bundessortenamt die Registerprüfung in der Vegetationsperiode, die dem Einsendetermin folgt, bis zu dem das Vermehrungsmaterial

vorgelegt worden ist. Grundlage der Registerprüfung ist das vom Antragsteller für die Prüfung erstmals vorgelegte Vermehrungsmaterial oder Saatgut.

(2) Bei Sorten, deren Pflanzen durch Kreuzung bestimmter Erbkomponenten erzeugt werden, kann das Bundessortenamt die Registerprüfung von Amts wegen auf alle Erbkomponenten erstrecken.

(3) Bei Sorten, die einer der in Anlage 2 der Verordnung über das Artenverzeichnis zum Sortenschutzgesetz aufgeführten Arten zugehören, kann das Bundessortenamt auf Antrag die Registerprüfung später beginnen, und zwar bei

1. Sorten nach Artengruppe 6 der Anlage bis zur Zulassung als Ausgangsmaterial nach den §§ 5 oder 6 des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1979 (BGBl. I S. 1242);
2. Sorten von Obstarten einschließlich Unterlagsorten sowie von Gehölzen für den Straßen- und Landschaftsbau bis längstens 15 Jahre nach der Antragstellung;
3. Ziersorten bis längstens 8 Jahre nach der Antragstellung.

(4) Die Registerprüfung dauert bis zur Unanfechtbarkeit der Entscheidung über die Erteilung des Sortenschutzes oder die Sortenzulassung.

(5) Bei der Registerprüfung kann das Bundessortenamt auch Ergebnisse der Wertprüfung heranziehen.

§ 3

Wertprüfung

(1) Das Bundessortenamt beginnt im Verfahren der Sortenzulassung die Prüfung der Sorte auf landeskulturellen Wert (Wertprüfung), sobald es nach den Ergebnissen der Registerprüfung annimmt, daß die Sorte voraussichtlich unterscheidbar, homogen und beständig ist. Das Bundessortenamt kann mit der Wertprüfung früher, jedoch nicht vor der Registerprüfung beginnen.

(2) Auf Antrag kann das Bundessortenamt die Wertprüfung später als nach Absatz 1 Satz 1 beginnen oder sie, falls es sie bereits begonnen hat, aussetzen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere wenn der Antragsteller ohne Verschulden nicht über das für die Wertprüfung erforderliche Saatgut verfügt. In diesem Fall setzt es dem Antragsteller eine Frist, innerhalb derer das erforderliche Saatgut vorzulegen ist.

(3) Das Bundessortenamt kann die Wertprüfung von Amts wegen aussetzen, wenn sich in der Registerprüfung Zweifel hinsichtlich der Unterscheidbarkeit der Sorte oder Mängel in der Homogenität oder Beständigkeit ergeben haben.

(4) Die Wertprüfung dauert in der Regel drei Ertragsjahre.

(5) Bei der Wertprüfung kann das Bundessortenamt auch Ergebnisse der Registerprüfung heranziehen.

§ 4

Prüfung der physiologischen Merkmale bei Rebe

(1) Im Verfahren der Sortenzulassung gilt für die Prüfung der physiologischen Merkmale bei Sorten von Rebe § 3 Abs. 1 bis 3 und 5 entsprechend. Die Prüfung dauert mindestens fünf Ertragsjahre.

(2) Bei der Prüfung kann das Bundessortenamt auch Feststellungen auf Grund vergleichender Sortenprüfungen heranziehen, wenn diese amtlich oder unter amtlicher Überwachung angelegt und ausgewertet worden sind.

§ 5

Vermehrungsmaterial, Saatgut

Das Bundessortenamt bestimmt, wann, wo und in welcher Menge und Beschaffenheit das Vermehrungsmaterial oder Saatgut für die Registerprüfung sowie das Saatgut für die Wertprüfung und bei Sorten von Rebe für die Prüfung der physiologischen Merkmale vorzulegen ist. Das Vermehrungsmaterial oder Saatgut darf keiner Behandlung unterzogen worden sein, soweit nicht das Bundessortenamt eine solche vorgeschrieben oder gestattet hat.

§ 6

Durchführung der Prüfungen

(1) Unter Berücksichtigung der botanischen Gegebenheiten wählt das Bundessortenamt für die einzelnen Arten die für die Unterscheidbarkeit der Sorten wichtigen Merkmale aus und setzt Art und Umfang der Prüfungen fest.

(2) Gibt der Antragsteller im Antrag auf Sortenzulassung verschiedene, nicht vom selben Prüfungsumfang erfaßte Anbauweisen oder Nutzungsrichtungen an, so werden die Wertprüfung und bei Sorten von Rebe die Prüfung der physiologischen Merkmale für jede angegebene Anbauweise oder Nutzungsrichtung gesondert durchgeführt.

§ 7

Prüfungsberichte

Das Bundessortenamt übersendet dem Antragsteller jeweils einen Prüfungsbericht, sobald es das Ergebnis der Registerprüfung, der Wertprüfung oder bei Sorten von Rebe der Prüfung der physiologischen Merkmale zur Beurteilung der Sorte für ausreichend hält.

§ 8

Nachprüfung des Fortbestehens der Sorte, Überwachung der Sortenerhaltung

(1) Für die Nachprüfung des Fortbestehens der geschützten Sorten und die Überwachung der Erhaltung der zugelassenen Sorten gelten die §§ 5 und 6 Abs. 1 entsprechend.

(2) Das Bundessortenamt kann für die Überwachung auch Proben, die

1. in Betrieben, die Saatgut erzeugen,
2. aus im Verkehr befindlichem Saatgut oder
3. von den jeweils zuständigen Stellen für andere Zwecke

entnommen worden sind, heranziehen.

(3) Der Sortenschutzinhaber hat dem Bundessortenamt die für die Nachprüfung des Fortbestehens der Sorte notwendigen Auskünfte zu erteilen und die Überprüfung der zur Sicherung des Fortbestehens der Sorte getroffenen Maßnahmen zu gestatten. Der Züchter und jeder weitere Züchter hat dem Bundessortenamt die für die Sortenüberwachung oder die Überwachung der weiteren Erhaltungszüchtung notwendigen Auskünfte zu erteilen und die Überprüfung der für die systematische Erhaltungszüchtung getroffenen Maßnahmen zu gestatten.

(4) Ergibt die Nachprüfung des Fortbestehens der Sorte oder die Sortenüberwachung, daß die Sorte nicht homogen oder nicht beständig ist, so übersendet das Bundessortenamt dem Sortenschutzinhaber oder dem Züchter einen Prüfungsbericht.

§ 9

Anbau- und Marktbedeutung

Zur Feststellung der Anbau- und Marktbedeutung einer Sorte nach § 36 Abs. 2 Nr. 2 des Saatgutverkehrsgesetzes kann das Bundessortenamt die Sorte anbauen. Die §§ 5 und 6 gelten entsprechend.

§ 10

Bekanntmachungen

Als Blatt für Bekanntmachungen des Bundessortenamtes wird das vom Bundessortenamt herausgegebene Blatt für Sortenwesen bestimmt.

Abschnitt 2

Anerkennung von Saatgut nicht zugelassener Sorten

§ 11

(1) Saatgut von Sorten nach § 55 Abs. 1 des Saatgutverkehrsgesetzes und von Sorten, die in einem der Sortenliste entsprechenden Verzeichnis eines anderen Mitgliedstaates eingetragen sind und für die die Erhaltungszüchtung im Geltungsbereich des Saatgutverkehrsgesetzes durchgeführt wird, darf anerkannt werden,

1. soweit dies erforderlich ist, um zur Verbesserung der Saatgutversorgung in Mitgliedstaaten Vermehrungsvorhaben im Geltungsbereich des Saatgutverkehrsgesetzes durchführen zu können, und
2. wenn Unterlagen vorliegen, die für die Anerkennung und die Nachprüfung die gleichen Informationen ermöglichen wie bei zugelassenen Sorten.

(2) Das Bundessortenamt stellt auf Antrag fest, ob die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen, und erteilt dem Antragsteller hierüber einen Bescheid.

Abschnitt 3

Gebühren

§ 12

Grundvorschrift

Die Gebührentatbestände und Gebührensätze bestimmen sich nach dem Gebührenverzeichnis (Anlage).

§ 13

Prüfungsgebühren

(1) Die Prüfungsgebühren (Gebührennummern 102, 202, 203, 204, 222 und 232 der Anlage) werden, soweit in der Anlage nichts anderes bestimmt ist, für jede angefangene Prüfungsperiode erhoben. Die Gebührenschuld entsteht für jede Prüfungsperiode zu dem vom Bundessortenamt bestimmten Zeitpunkt. Die Gebühren werden nicht erhoben für eine Vegetationsperiode, in der das Bundessortenamt noch nicht mit der Prüfung der Sorte oder Erhaltungszüchtung begonnen hat.

(2) Können bei Sorten mehrjähriger Arten wegen der artbedingten Entwicklung der Pflanzen die Ausprägungen der Merkmale oder Eigenschaften in einer Prüfungsperiode nicht oder nicht vollständig festgestellt werden, so wird für diese Prüfungsperiode die Hälfte der Prüfungsgebühren erhoben.

(3) Hat der Antragsteller für eine Sorte mehr als eine Nutzungsrichtung oder Anbauweise angegeben, so wird die Gebühr für jede Nutzungsrichtung oder Anbauweise erhoben, für die eine besondere Prüfung notwendig ist.

(4) Bei Sorten, deren Pflanzen durch Kreuzung bestimmter Erbkomponenten erzeugt werden und bei denen das Bundessortenamt die Registerprüfung auf die Erbkomponenten erstreckt, wird für diese Prüfung zusätzlich eine Gebühr nach den Gebührennummern 102 und 202 der Anlage erhoben.

§ 14

Jahresgebühren, Überwachungsgebühren

(1) Die Gebühren für jedes Schutzjahr (Jahresgebühren) oder für die Überwachung einer Sorte oder einer weiteren Erhaltungszüchtung (Überwachungsgebühren) sind während der Dauer des Sortenschutzes, der Zulassung der Sorte oder der Eintragung des weiteren Züchters für jedes angefangene Kalenderjahr zu entrichten, das auf das Jahr der Erteilung des Sortenschutzes, der Zulassung oder der Eintragung folgt.

(2) In den Fällen des § 13 Abs. 2 und des § 41 Abs. 2 des Sortenschutzgesetzes werden bei der Einstufung der Jahresgebühren die Jahre mitgerechnet, um die nach diesen Vorschriften die Dauer des Sortenschutzes zu kürzen ist. Bei der erneuten Zulassung einer Sorte werden die Zeiten der früheren Zulassung bei der Einstufung der Überwachungsgebühren mitgerechnet. Für die Einstufung der Gebühr für die Überwachung einer weiteren Erhaltungszüchtung ist der Zeitpunkt der Zulassung der Sorte maßgebend.

(3) Soweit für eine Sorte eine Jahresgebühr zu entrichten ist, wird daneben eine Überwachungsgebühr nicht erhoben.

Abschnitt 4

Schlußvorschriften

§ 15

Übergangsvorschriften

(1) Die Beifügung von Prüfungsergebnissen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 ist nicht erforderlich bei Sorten der dort in den Nummern 2 bis 4 aufgeführten Arten, für die der Antrag auf Sortenzulassung bis zum 30. Juni 1987 gestellt wird.

(2) Jahresgebühren und Überwachungsgebühren nach dieser Verordnung werden vom 1. Januar 1986 an erhoben; Prüfungsgebühren nach dieser Verordnung werden von dem ersten Zeitpunkt nach § 13 Abs. 1 Satz 2 an erhoben, der auf den Tag der Verkündung dieser Verordnung folgt. Bis zu diesem Zeitpunkt richten sich die Gebühren jeweils nach den bis zum 18. Dezember 1985 geltenden Vorschriften.

§ 16

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 44 des Sortenschutzgesetzes und § 64 des Saatgutverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 17

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. die Sortenschutzverordnung vom 16. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3551),
2. die Sorteneintragungsverordnung vom 2. Juli 1975 (BGBl. I S. 1654).

(2) Abschnitt 3 und § 15 Abs. 2 treten mit Wirkung vom 18. Dezember 1985 in Kraft.

Bonn, den 30. Dezember 1985

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
Dr. Florian

Anlage

(zu § 2 Abs. 3, §§ 12, 13 Abs. 1 und 4)

Gebührenverzeichnis**Vorbemerkung**

Die im Gebührenverzeichnis aufgeführten Artengruppen werden wie folgt gebildet:

- 1 Artengruppe 1
 - 1.1 Hafer, Gerste, Roggen, Triticale, Weichweizen, Mais
 - 1.2 Raps
 - 1.3 Runkelrübe, Zuckerrübe
 - 1.4 Kartoffel
- 2 Artengruppe 2
 - 2.1 Inkalilie, Flamingoblume, Chrysantheme, Nelke, Freesie, Gerbera, Orchideen, Rose
- 3 Artengruppe 3
 - 3.1 Nackthafer, Hartweizen
 - 3.2 Glatthafer, Knaulgras, Schwingel, Weidelgräser, Wiesenlieschgras, Rispengräser
 - 3.3 Weiße Lupine, Blaue Lupine, Gelbe Lupine, Blaue Luzerne, Bastardluzerne, Futtererbse, Alexandriner Klee, Schwedenklee, Rotklee, Weißklee, Persischer Klee, Ackerbohne, Saatwicke
 - 3.4 Kohlrübe, Futterkohl, Phazelie, Ölrettich
 - 3.5 Sareptasenf, Schwarzer Senf, Rübsen, Sonnenblume, Weißer Senf
- 4 Artengruppe 4
 - 4.1 Spelz
 - 4.2 Wiesenfuchsschwanz, Straußgras, Zwiebellieschgras, Goldhafer
 - 4.3 Hornschotenklee, Gelbklee, Esparsette, Inkarnatklee, Pannonische Wicke, Zottelwicke
 - 4.4 Rebe
 - 4.5 Zwiebel, Blumenkohl, Rosenkohl, Gurke, Salat, Tomate, Buschbohne, Erbse außer Futtererbse, Dicke Bohne
 - 4.6 Spargel, Wehrlose Trespe, Ölkürbis, Kammgras, Kreuzblättrige Wolfsmilch, Buchweizen, Erdbeere, Topinambur, Hopfen, Rotblühende Platterbse, Gewöhnliche Platterbse, Purpurblühende Platterbse, Linse, Sumpfschotenklee, Sicheluzerne, Bauerntabak, Tabak, Serradella, Rispenhirse, Rohrglanzgras, Kolbenhirse, Besenhirse, Zuckerhirse, Bodenfrüchtiger Klee, Wicklinse, Zaunwicke
 - 4.7 Achimenes, Aechmea, Aeschynanthus, Elatior-Begonie, Knollenbegonie, Besenheide, Strauchmargerite, Cotoneaster, Dahlie, Erika, Korallenranke, Poinsettie (Weihnachtsstern), Christusdorn, Hortensie, Stechpalme, Neu-Guinea-Impatiens, Iris, Kalanchoe, Südseemyrte, Pelargonie, Osterkaktus, Rhododendron, Azalee, Usambaraveilchen, Weihnachtskaktus, Spathiphyllum, Streptocarpus, Vriesea
- 5 Artengruppe 5
 - 5.1 Hanf, Sojabohne, Lein, Mohn
 - 5.2 Porree, Sellerie, Rote Rübe, Kohlrabi, Grünkohl, Rotkohl, Weißkohl, Wirsing, Mairübe, Herbstrübe, Paprika, Winterendivie, Gartenkürbis (Zucchini), Möhre, Petersilie, Prunkbohne, Stangenbohne, Rettich, Radieschen, Schwarzwurzel, Spinat, Feldsalat
 - 5.3 Schnittlauch, Mangold, Chinakohl, Zichorie, Riesenkürbis
 - 5.4 Quitte, Apfel, Kirsche, Pflaume, Zwetschge, Birne, Johannisbeere, Stachelbeere, Brombeere, Himbeere, Kulturheidelbeere, Preiselbeere
 - 5.5 Scheinzypresse, Wacholder, Fingerstrauch, Feuerdorn, Lebensbaum
 - 5.6 Tanne, Lärche, Fichte, Kiefer, Pappel, Douglasie, Weide, Ulme, soweit das Vermehrungsmaterial der jeweiligen Sorte hinsichtlich des Vertriebs nicht dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut unterliegt.
- 6 Artengruppe 6
 - 6.1 Arten der Nummer 5.6, soweit das Vermehrungsmaterial der jeweiligen Sorte hinsichtlich des Vertriebs dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut unterliegt.

Gebührennummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SortSchG)	Gebühr (DM)
1	2	3	4
1	Sortenschutzgesetz (SortSchG)		
100	Verfahren zur Erteilung des Sortenschutzes	§ 21	
101	Antragsverfahren einschließlich Entscheidung	§ 22	
101.1	bei Sorten der Artengruppen 1 bis 5		600
101.2	bei Sorten der Artengruppe 6		60
102	Registerprüfung	§ 26 Abs. 1 bis 5	
102.1	bei Sorten der Artengruppen 1 und 2		700
102.2	bei Sorten der Artengruppen 3 bis 5		500
102.3	bei Sorten der Artengruppe 6		50
102.4	bei Übernahme vollständiger früherer eigener Prüfungsergebnisse, einmalig	§ 26 Abs. 1 Satz 2	150
102.5	bei Übernahme vollständiger Anbauprüfungs- und Untersuchungsergebnisse einer anderen Stelle, einmalig	§ 26 Abs. 2	500

Gebührennummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SortSchG)	Gebühr (DM)				
1	2	3	4				
110	Jahresgebühren	§ 33 Abs. 1, 2 Satz 3 Nr. 5	Artengruppe				
			1 (DM)	2,3 (DM)	4 (DM)	5 (DM)	6 (DM)
110.1	1. Schutzjahr		200	100	100	100	20
110.2	2. Schutzjahr		300	200	100	100	20
110.3	3. Schutzjahr		400	200	100	100	20
110.4	4. Schutzjahr		500	300	200	200	20
110.5	5. Schutzjahr		600	300	200	200	20
110.6	6. Schutzjahr		700	400	200	200	20
110.7	7. Schutzjahr		900	400	300	300	20
110.8	8. Schutzjahr		1 100	500	300	300	20
110.9	9. Schutzjahr		1 300	600	300	300	20
110.10	10. Schutzjahr		1 500	700	400	400	20
110.11	11. Schutzjahr		1 500	900	500	400	50
110.12	12. Schutzjahr		1 500	1 100	600	400	50
110.13	13. Schutzjahr		1 500	1 200	700	500	50
110.14	14. Schutzjahr		1 500	1 200	800	500	50
110.15	15. Schutzjahr		1 500	1 200	800	500	50
110.16	16. Schutzjahr		1 500	1 200	800	600	50
110.17	17. Schutzjahr		1 500	1 300	800	600	50
110.18	18. Schutzjahr		1 500	1 300	800	600	50
110.19	19. Schutzjahr		1 500	1 300	800	600	50
110.20	20. Schutzjahr und folgende je	1 500	1 300	900	600	50	

Gebühren- nummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SortSchG)	Gebühr (DM)
1	2	3	4
120	Sonstige Verfahren		
121	Antragsverfahren für die Erteilung eines Zwangsnutzungsrechtes einschließlich Entscheidung	§ 12 Abs. 1	800
122	Eintragungen oder Löschungen des Inhabers eines ausschließlichen Nutzungsrechtes oder Eintragung von Änderungen in der Person eines in der Sorten- schutzrolle Eingetragenen, je Sorte	§ 28 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5	150
123	Rücknahme oder Widerruf einer Erteilung des Sortenschutzes	§ 31 Abs. 2 bis 4	600
124	Widerspruch		
124.1	gegen die Entscheidung einer Prüfabteilung bei Zurückweisung des Sortenschutzantrags	§ 18 Abs. 3	1 000
124.2	gegen die Entscheidung einer Prüfabteilung in anderen Fällen		600
124.3	gegen eine andere Entscheidung		200

Gebühren- nummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SaatVG)	Gebühr (DM)
1	2	3	4
2	Saatgutverkehrsgesetz (SaatVG)		
200	Verfahren der Sortenzulassung	§ 41	
201	Antragsverfahren einschließlich Entscheidung	§ 42	
201.1	bei Sorten von Gemüse		200
201.2	bei Sorten anderer Arten		400
202	Registerprüfung	§ 44 Abs. 1 bis 3	
202.1	bei Sorten der Artengruppe 1		700
202.2	bei Sorten der Artengruppen 3 bis 5		500
202.3	bei Übernahme vollständiger früherer eigener Prüfungser- gebnisse, einmalig		150
202.4	bei Übernahme vollständiger Anbauprüfungs- und Unter- suchungsergebnisse einer anderen Stelle, einmalig		500
203	Wertprüfung	§ 44 Abs. 1 bis 3	
203.1	bei Sorten der Artengruppe 1		1 300
203.2	bei Sorten der Artengruppen 3 bis 5		800
204	Prüfung der physiologischen Merkmale bei Rebe	§ 30 Abs. 4	
204.1	durch gesonderten Anbau		1 300
204.2	durch ergänzenden Anbau zur Registerprüfung		200
204.3	durch Übernahme von Ergebnissen anderer amtlicher oder unter amtlicher Überwachung vorgenommener Prüfungen, einmalig		600

Gebühren- nummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SaatVG)	Gebühr (DM)				
			1 (DM)	3 (DM)	4 (DM)	5 (DM)	
210	Überwachung der Erhaltung einer Sorte oder einer weiteren Erhaltungszüchtung	§ 37 Satz 2	Artengruppe				
210.1			1. Zulassungsjahr	200	100	100	50
210.2			2. Zulassungsjahr	300	200	100	50
210.3			3. Zulassungsjahr	400	200	100	50
210.4			4. Zulassungsjahr	500	300	200	75
210.5			5. Zulassungsjahr	600	300	200	75
210.6			6. Zulassungsjahr	700	400	200	75
210.7			7. Zulassungsjahr	900	400	300	100
210.8			8. Zulassungsjahr	1 100	500	300	100
210.9			9. Zulassungsjahr	1 100	600	300	100
210.10			10. Zulassungsjahr	1 100	700	400	100
210.11			11. Zulassungsjahr	1 100	800	400	100
210.12			12. Zulassungsjahr	1 100	900	400	100
210.13			13. Zulassungsjahr	1 100	1 000	500	150
210.14			14. Zulassungsjahr	1 100	1 000	500	150
210.15			15. Zulassungsjahr	1 300	1 000	500	150
210.16			16. Zulassungsjahr	1 300	1 000	500	200
210.17			17. Zulassungsjahr	1 300	1 100	500	200
210.18			18. Zulassungsjahr	1 300	1 100	500	200
210.19			19. Zulassungsjahr	1 300	1 100	500	200
210.20	20. Zulassungsjahr und folgende je	1 300	1 100	600	200		

Gebühren- nummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SaatVG)	Gebühr (DM)
220	Verfahren zur Verlängerung einer Sortenzulassung	§ 36 Abs. 2, 3	
221	Antragsverfahren einschließlich Entscheidung		
221.1	bei Sorten von Gemüse		200
221.2	bei Sorten anderer Arten		400
222	Prüfung auf Anbau- und Marktbedeutung		
222.1	bei Sorten der Artengruppe 1		1 300
222.2	bei Sorten der Artengruppen 3 bis 5		800
230	Verfahren zur Eintragung eines weiteren Züchters	§ 46	
231	Antragsverfahren einschließlich Entscheidung		
231.1	bei Sorten von Gemüse		100
231.2	bei Sorten anderer Arten		400
232	Prüfung einer weiteren Erhaltungszüchtung		
232.1	bei Sorten der Artengruppe 1		700
232.2	bei Sorten von Gemüse		150
232.3	bei Sorten anderer Arten		500

Gebühren- nummer	Gebührentatbestand	Bezogene Vorschrift (SaatVG)	Gebühr (DM)
1	2	3	4
240	Sonstige Verfahren		
241	Eintragung von Änderungen in der Person eines in der Sortenliste Eingetragenen, je Sorte	§ 47 Abs. 4 Satz 1	150
242	Rücknahme oder Widerruf einer Sortenzulassung	§ 52 Abs. 2 bis 4	600
243	Aufhebung der Eintragung eines weiteren Züchters	§ 52 Abs. 5	600
244	Antragsverfahren für das gewerbsmäßige Inverkehrbringen von Saatgut vor der Zulassung der Sorte einschließlich Entscheidung außer für Prüfungen nach § 1 Abs. 3	§ 3 Abs. 2	200
245	Antragsverfahren für die Feststellung der Anerkennungs- fähigkeit einschließlich Entscheidung	§ 55 Abs. 2 Satz 1	200
246	Widerspruch		
246.1	gegen die Entscheidung eines Sortenausschusses bei Zurückweisung des Zulassungsantrags	§ 38 Abs. 3	600
246.2	gegen die Entscheidung des Sortenausschusses in anderen Fällen		400
246.3	gegen eine andere Entscheidung		200
3	Verwaltungsgebühren in besonderen Fällen		
300	Auskunft, soweit sie nicht die eigene Sorte betrifft, sowie Auszüge aus der Sortenschutzrolle, der Sortenliste oder anderen Unterlagen, je Sorte	§ 29 SortSchG § 49 SaatVG	20

**Verordnung
über die Erstattung von Aufwendungen
aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten durch den Bund
(Kindererziehungszeiten-Erstattungsverordnung)**

Vom 2. Januar 1986

Auf Grund des

- durch Artikel 1 Nr. 47 des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetzes vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450) eingefügten § 1395 c der Reichsversicherungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten bereinigten Fassung,
- durch Artikel 2 Nr. 36 des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetzes vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450) eingefügten § 117 c des Angestelltenversicherungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 821-1, veröffentlichten bereinigten Fassung und
- durch Artikel 3 Nr. 31 des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetzes vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450) angefügten § 140 a Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 822-1, veröffentlichten bereinigten Fassung

wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Erstattungsfähige Aufwendungen

Aufwendungen im Sinne des § 1395 c der Reichsversicherungsordnung, des § 117 c des Angestelltenversicherungsgesetzes und des § 140 a Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes sind

1. Versichertenrenten,
2. Hinterbliebenenrenten, einschließlich der Erhöhungsbeträge bei Waisenrenten,
3. Abfindungen für Witwen- oder Witwerrenten,
4. Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner,
5. Knappschaftsausgleichsleistungen,
6. Ausgaben für Leistungen zur Rehabilitation.

§ 2

Berechnen der Erstattungsbeträge

(1) Die gezahlten Gesamtaufwendungen gemäß § 1 Nr. 1 bis 5 sind

1. um die Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung,
2. um die Kinderzuschüsse und

3. um den Leistungszuschlag gemäß § 59 des Reichsknappschaftsgesetzes

zu mindern. Dieser geminderte Betrag ist mit dem Vorphundertatz, der sich als Verhältniswert der Werteinheiten für Erziehungszeiten zu den Gesamtwerteinheiten ergibt, zu vervielfältigen. Das Ergebnis dieser Rechnung ist der zu erstattende Betrag.

(2) Die Aufwendungen für Leistungen zur Rehabilitation gemäß § 1 Nr. 6 werden im gleichen Verhältnis wie Rentenleistungen erstattet. Dabei werden nur Werteinheiten berücksichtigt, die auf Zeiten beruhen, die bis zum Ablauf des dem Zeitpunkt der Antragstellung vorangegangenen Kalenderjahres zurückgelegt wurden.

§ 3

Durchführen der Abrechnung

Die Durchführung der Abrechnung obliegt dem Bundesversicherungsamt. Die auf die Rentenversicherung der Arbeiter entfallenden Erstattungsbeträge werden auf die einzelnen Versicherungsträger nach dem Verhältnis der Beitragseinnahmen verteilt.

§ 4

Abschlagszahlungen

Der Bund leistet jeweils zum Postzahltermin monatliche Abschlagszahlungen in Höhe von einem Zwölftel der für das jeweilige Kalenderjahr im Bundeshaushalt veranschlagten Erstattungsbeträge. Ist der jährliche Erstattungsbetrag höher als die Summe der monatlichen Abschlagszahlungen, ist der Restbetrag unverzüglich nach der Feststellung des Bundesversicherungsamtes zu zahlen; in einem Kalenderjahr geleistete Überzahlungen sind bei den monatlichen Abschlagszahlungen des nächsten Kalenderjahres unverzüglich auszugleichen.

§ 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 13 des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetzes auch im Land Berlin.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

Bonn, den 2. Januar 1986

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,10 DM (3,30 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,90 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

**Berichtigung
des Siebten Gesetzes
zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes**

Vom 30. Dezember 1985

In Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc (§ 59 Abs. 1 Satz 7 des Arbeitsförderungsgesetzes) des Siebten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 20. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2484) muß es statt „Berufsbildungsabschluß“ richtig „Berufsausbildungsabschluß“ heißen.

Bonn, den 30. Dezember 1985

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Dr. R. Schmidt